

Berlin, Januar 2010  
Stellungnahme Nr. 5/2010  
abrufbar unter [www.anwaltverein.de](http://www.anwaltverein.de)

## **Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins**

**durch den Ausschuss Anwaltsnotariat  
und den Geschäftsführenden Ausschuss der  
Arbeitsgemeinschaft Anwaltsnotariat**

**zum**

**Grünbuch „Verknüpfung von Unternehmensregistern“  
der Kommission der Europäischen Gemeinschaften  
vom 04.11.2009 {SEC(2009) 1492}**

Mitglieder des Ausschusses Anwaltsnotariat:

Rechtsanwalt und Notar Günter Schmalzer, Emden (Vorsitzender)  
Rechtsanwalt und Notar Horst Eylmann, Stade  
Rechtsanwalt Dr. Peter Hamacher, Köln  
Rechtsanwalt und Notar Volker G. Heinz, Barrister at Law & Scrivener Notary (London), Berlin  
Rechtsanwalt und Notar Uwe Kärger, Berlin  
Rechtsanwalt und Notar Eike Maass, Frankfurt  
Rechtsanwalt und Notar Karl-Heinz Rennert, Dortmund

Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft Anwaltsnotariat:

Rechtsanwältin und Notarin Elisabeth Möller-Hofemann, Bielefeld  
Rechtsanwalt und Notar Winfried Paulat, Aurich  
Rechtsanwalt und Notar Christian Ruthenbeck, Sprockhövel (Vorsitzender)  
Rechtsanwalt und Notar Stefan Thon, Berlin  
Rechtsanwalt und Notar Dr. Thilo Wagner, Ravensburg  
Rechtsanwältin und Notarin Dörte Zimmermann, LL.M, Berlin (Berichterstatlerin)

Zuständig in der DAV-Geschäftsführung:

Rechtsanwalt Franz Peter Altemeier

Verteiler:

- Bundesministerium der Justiz
- An die Justizministerien und Justizverwaltungen der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland
- An die Mitglieder des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages
- Deutscher Notarverein e.V.
- Verband Deutscher Anwaltsnotare e.V.
- Verein Baden-Württembergischer Anwaltsnotare e.V.
- Bundesnotarkammer
- An die Notarkammern in der Bundesrepublik Deutschland
- An die Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Anwaltvereins e.V.
- An die Vorsitzenden der Landesverbände des Deutschen Anwaltvereins e.V.
- An die Vorsitzenden der Fach- und Gesetzgebungsausschüsse des Deutschen Anwaltvereins e.V.
- An die Vorsitzenden der Anwaltsvereine im Gebiete des Anwaltsnotariats des Deutschen Anwaltvereins e.V.
- Bundesrechtsanwaltskammer
- An die Rechtsanwaltskammern in der Bundesrepublik Deutschland
- Forum Junge Anwaltschaft
- Deutscher Steuerberaterverband
- Bundesverband der Freien Berufe

Europa

- Europäische Kommission:  
Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen
- Europäisches Parlament:  
Ausschuss Wirtschaft und Währung  
Ausschuss Binnenmarkt und Verbraucherschutz  
Rechtsausschuss
- Rat der Europäischen Union
- Ständige Vertretung Deutschlands bei der EU
- Vertretungen der deutschen Bundesländer in Brüssel
- Rat der Europäischen Anwaltschaften (CCBE)

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) ist der freiwillige Zusammenschluss der deutschen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Der DAV mit derzeit ca. 67.000 Mitgliedern vertritt die Interessen der deutschen Anwaltschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

---

## **I. Initiative der EU-Kommission zur Verknüpfung von Unternehmensregistern**

Eines der Ziele der Ersten Gesellschaftsrechtsrichtlinie (68/151/EWG) von 1968 war es, den Zugang zu offiziellen Unternehmensinformationen für Dritte zu erleichtern. Durch ihre Änderung im Jahre 2003 sollte sichergestellt werden, dass alle Mitgliedstaaten ab 2007 über elektronische Unternehmensregister verfügen. Außerdem haben die Richtlinie über grenzüberschreitende Verschmelzungen (2005/56/EG) und die Richtlinie über die Offenlegung von Zweigniederlassungen (89/666/EWG) die tägliche Zusammenarbeit von Unternehmensregistern erforderlich gemacht.

Unternehmensregister bieten in ganz Europa eine Reihe von Diensten an, die sich von Land zu Land unterscheiden können. Die wichtigsten Dienstleistungen aller Register bestehen in der Prüfung und Speicherung von Informationen über Unternehmen, wie über Rechtsform, Sitz und rechtliche Vertreter des Unternehmens, sowie darin, diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Im November 2009 hat die Kommission ein Grünbuch zur Verknüpfung von Unternehmensregistern vorgelegt, mit dem sie eine öffentliche Konsultation darüber eingeleitet, wie die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmensregistern verbessert werden kann, um den vorgenannten Zielen auch künftig mit geeigneten Instrumentarien Rechnung zu tragen. Eine Fortführung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmensregistern auf freiwilliger Basis hält die Kommission schon jetzt für die Gewährleistung der Rechtssicherheit bei grenzübergreifenden Verfahren und zur Erhöhung der Transparenz im Binnenmarkt für nicht (mehr) zielführend.

Der DAV begrüßt ausdrücklich die Initiative der Kommission zur Verknüpfung von Unternehmensregistern innerhalb der Europäischen Gemeinschaften als wichtigen Schritt zur weiteren Integration der Europäischen Gemeinschaft als einheitlicher Wirtschafts- und Rechtsraum und der Stärkung der Rechtssicherheit für Unternehmen und Verbraucher innerhalb der Gemeinschaften und damit als Mittel zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Märkte in Europa.

## **II. Elektronisches Zugangsportal stärkt europäische Integration**

Indem Unternehmen, aber auch Verbraucher verstärkt über die nationalen Grenzen hinweg wirtschaftlich tätig werden, besteht ein ebenso ständig wachsender Bedarf an einfach zugänglichen Informationen über die Unternehmen als Marktteilnehmer. Ein einziges elektronisches Zugangsportal zu den elektronischen Unternehmensregistern

sämtlicher Mitgliedsstaaten würde die notwendige Informationsbeschaffung als Bedingung für eine Teilnahme am Binnenmarkt beträchtlich vereinfachen. Hierunter fällt auch die ebenfalls zu begrüßende Verknüpfung des mit der Transparenzrichtlinie (2004/109/EG) geschaffenen elektronischen Netzwerkes zur Speicherung von Informationen über börsennotierte Unternehmen in einem einheitlichen Netzwerk.

Das weitere Ziel der Verknüpfung der Unternehmensregister, die verstärkte Zusammenarbeit der Register in grenzüberschreitenden Vorgängen, wird ebenfalls vom DAV ausdrücklich unterstützt. Soll durch verschiedene Vorgaben der EU, insbesondere im Bereich des Gesellschaftsrecht, grenzüberschreitende Vorgänge ermöglicht werden, ist es erforderlich, die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für eine solche Durchführung und Abbildung dieser Vorgänge zu schaffen. Ohne eine verlässliche und transparente Zusammenarbeit der betroffenen nationalen Register werden Unternehmen und damit die beratenden Rechtsanwälte und Notare zögern, die neuen Möglichkeiten grenzüberschreitender Gestaltungen zu nutzen.

### **III. Zugang zu Informationen**

Für Rechtsanwälte und Notare als die Berufsgruppe, die dazu berufen ist, Unternehmen und Verbraucher bei der Begründung und Abwicklung von Rechtsgeschäften umfassend zu beraten und zu betreuen, sind die Informationen der elektronischen Handelsregister ein wesentliches Instrument, um für Mandanten schnell und verlässlich Rechtsberatung und –gestaltungen einschließlich der Durchsetzung von Rechtspositionen unter Verwendung dieser Informationen vornehmen zu können. Dies bezieht sich sowohl auf Mandanten, die selbst im Raum der Europäischen Gemeinschaften am Marktgeschehen grenzüberschreitend teilnehmen als auch solche im Inland, mit denen Unternehmen aus dem europäischen Ausland auf die vielfältigste Weise in rechtlichen Kontakt treten.

Nach Auffassung des DAV sollte eine Verknüpfung der bereits in den Mitgliedsstaaten vorgehaltenen Unternehmensinformationen durch die Schaffung eines einheitlichen Zugangsportals u.a. folgenden Anforderungen genügen:

- Die Registrierung für den Zugang zu allen Unternehmensregistern sollte einheitlich und einfach ausgestaltet werden, z.B. einmalige Registrierung schafft Zugangsberechtigung zu allen Registern
- Verbunden mit der einmaligen Zugangsregistrierung sollte ein einheitliches Abrechnungssystem geschaffen werden
- Sämtliche in den nationalen Unternehmensregistern zur Verfügung gestellten Informationen und Dokumente sollten auch über das einheitliche Zugangsportal abrufbar sein, so dass kein qualitativer Unterschied durch die Wahl des Zugangs zu diesen Registern entsteht

- Im Zugangsportal oder bei den einzelnen Unternehmensregistern sollte eine standardisierter Erläuterung über rechtliche Qualifizierung der Informationen nach dem jeweiligen nationalen Recht aufgenommen werden (z.B. sind Eintragungen konstitutiv oder deklaratorisch? Begründen die Informationen einen Rechtschein?)
- Die Informationen in den verschiedenen nationalen Unternehmensregistern sollten von ähnlichem Umfang und Aktualität sein und, neben der nationalen Sprache, mindestens auch in englischer Sprache geführt werden
- Die Teilnahme an diesem einheitlichen Zugang zu den Unternehmensregistern sollte für alle Mitgliedsstaaten verbindlich sein, so dass im Ergebnis alle Marktteilnehmer darauf rechtssicher vertrauen können, dass ihnen sämtliche mögliche Informationen der Unternehmensregister aus allen Mitgliedsstaaten ohne weitere Recherchen vorliegen.

Die Kommission bittet im Grünbuch um Stellungnahme zu der Frage, ob eine „Regulierungsvereinbarung“ die erforderlichen Einzelheiten einer Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten für einen einheitlichen Zugang festlegen kann. Ohne an dieser Stelle abschließend über das letztlich zu wählende rechtliche Instrumentarium entscheiden zu können, hält es der DAV für empfehlenswert, die Rahmenbedingungen einer solchen Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten festzulegen, um dann über die zu schaffende Rechtsgrundlage zu beschließen. Ausgangspunkt aller Überlegungen sollte sein, dass die Teilnahme an einem solchen einheitlichen Zugang zu den Unternehmensregistern nicht auf freiwilliger Basis erfolgt, sondern für alle Mitgliedsstaaten verbindlich ist.

Ferner bittet die Kommission im Grünbuch um Stellungnahme zu der Frage, ob die Verbindung des Netzwerks von Unternehmensregistern mit dem durch die Transparenzrichtlinie geschaffenen elektronischen Netzwerk in Bezug auf börsennotierte Unternehmen langfristig einen Mehrwert ergibt. Nach Auffassung des DAV ist jede Konzentration von Unternehmensinformationen begrüßenswert, da die relevanten Angaben und Dokumente der betroffenen Unternehmen in den Registern und dem geschaffenen Netzwerk sachlich aufeinander bezogen sind, so dass sie für den interessierten Marktteilnehmer auch einheitlich zugänglich sein sollten. Die Vorteile sind hierbei dieselben, die sich bereits aus der Verknüpfung der Unternehmensregister selbst ergeben, die ebenfalls eine Möglichkeit schaffen, von Unternehmen oder Unternehmensgruppen einfach und schnell ein möglichst umfassendes und verlässliches Bild zu erlangen. Die Beratung und Betreuung von Unternehmen und Verbrauchern durch Rechtsanwälte und Notare würde im Sinne der Mandanten wiederum sachlich und kostentechnisch effizienter erfolgen können.

#### **IV. Zusammenarbeit der Unternehmensregister**

Die Kommission bittet im Grünbuch um Stellungnahme zu der Frage, welche Lösung für die Erleichterung der Kommunikation zwischen Unternehmensregistern bei grenzüberschreitenden Fusionen und Verlegungen des Firmensitzes bevorzugt wird. Ferner soll dazu Stellung genommen werden, ob die vorgeschlagene Lösung über die Offenlegung von Informationen über Zweigniederlassungen unterstützt wird.

Zunächst begrüßt der DAV den Ansatz der Kommission, zwischen den zwei genannten strukturell sehr unterschiedlichen Vorgängen zu unterscheiden. Grenzüberschreitende Fusionen und Verlegungen von Firmensitzen bedürfen in der Regel eines aktiven Vollzugsaktes der Register, um eine rechtliche Folge auszulösen. Zwei oder mehrere erforderliche Handlungen der betroffenen, involvierten Handelsregister bedingen sich dabei gegenseitig. Die erforderliche Zusammenarbeit der Register ist damit eine aktive, im Gegensatz zu der Zusammenarbeit bei Abänderungen von Informationen einer Zweigniederlassung bedingt durch bereits vollzogene Änderungen des Registereintrages des Unternehmens am Sitz der Gesellschaft. Hier folgt die Registereintragung bezüglich der Zweigniederlassung nur einer bereits umgesetzten Registereintragung des Unternehmens an seinem Hauptsitz.

Der DAV verfügt nicht über die technische Expertise, um sich über die geeigneten technischen Mittel und Ausstattung der Netzwerke valide äußern zu können.

Nach Auffassung des DAV sollte bei einer Entscheidung über inhaltliche und technische Lösungen der oben aufgezeigten strukturell unterschiedlichen Vorgänge jedoch Folgendes berücksichtigt werden. Nur wenn für Unternehmen und Verbraucher die Zusammenarbeit der Register transparent und nachvollziehbar erfolgt, werden diese die in den Europäischen Gemeinschaften zur Verfügung gestellten rechtlichen Möglichkeiten von grenzüberschreitenden Aktivitäten nutzen. Rechtsanwälte und Notare als die originären Berater und Betreuer dieser Unternehmen und Verbraucher werden diese Aktivitäten nur aktiv gestalten und empfehlen können, wenn sie für ihre Mandanten die erforderlichen Vorgänge in den Registern einsehen und nachvollziehen können. Auch müsste die Möglichkeit einer Kommunikation mit den Registern im Rahmen von Eintragungsprozessen möglich sein. Nach Auffassung des DAV sollte daher ein Instrumentarium gewählt werden, das sich nicht auf die administrative Zusammenarbeit von Behörden/Registern beschränkt. Das Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) scheint damit zunächst zu kurz greifen, da es sich nur um ein geschlossenes Netzwerk für die Behörden der Mitgliedsstaaten handelt. Vorzugswürdig erscheint dem DAV eine Weiterentwicklung der Ergebnisse des BRITE Projektes, wobei die Verknüpfung mit der E-Justiz-Initiative zu begrüßen wäre.